Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2025/2084(INI)

1.7.2025

ENTWURF EINES BERICHTS

über die öffentliche Anhörung zu den politischen Beziehungen zwischen der EU und den USA
(2025/2084(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Michał Szczerba

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 3

BEGRÜNDUNG.....8

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER BERICHTERSTATTER BEITRÄGE ERHALTEN HAT.....9

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

über die öffentliche Anhörung zu den politischen Beziehungen zwischen der EU und den USA
(2025/2084(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Transatlantische Erklärung über die Beziehungen zwischen der EU und den USA von 1990,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber vom 15. Juni 2025,

– unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 2. April 2025 zu der Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2024[1] und zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2024[2],

– unter Hinweis auf seine Entschließungen und Empfehlungen zu den transatlantischen Beziehungen, insbesondere seine Empfehlung vom 13. Dezember 2023 an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik z den Beziehungen zwischen der EU und den USA[3],

– unter Hinweis auf das Strategische Konzept, das auf dem NATO-Gipfeltreffen in Madrid am 29. Juni 2022 angenommen wurde,

– unter Hinweis auf den Strategischen Kompass der Union für Sicherheit und Verteidigung, der am 22. März 2022 angenommen wurde,

– unter Hinweis auf das Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030 vom 19. März 2025,

– unter Hinweis auf die Erklärung des Gipfeltreffens in Den Haag vom 25. Juni 2025,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 26. Juni 2025,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für internationalen Handel,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– gestützt auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0000/2025),

A. in der Erwägung, dass die strategische Partnerschaft zwischen der EU und den USA auf einer langjährigen gemeinsamen Geschichte, demokratischen Werten und gemeinsamen Interessen beruht und dass diese Partnerschaft entscheidend dazu beigetragen hat,

[1] Angenommene Texte, P10_TA(2025)0057.
[2] Angenommene Texte, P10_TA(2025)0058.
[3] Angenommene Texte, P9_TA(2023)0468.

Frieden, Stabilität, Demokratie und Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks und weltweit zu fördern;

B. in der Erwägung, dass die geopolitische Landschaft durch neue und komplexe Herausforderungen gekennzeichnet ist, wozu eine zunehmende Attraktivität des Autoritarismus, geopolitischer Wettbewerb, technologische Umbrüche und durch den Klimawandel verursachte Katastrophen gehören;

C. in der Erwägung, dass es dringend eines umfassenden und differenzierten Ansatzes für die Beziehungen zwischen der EU und den USA bedarf, bei dem eine verstärkte Zusammenarbeit, strategisches Engagement, gegenseitige Achtung und die Verfolgung gemeinsamer Interessen gegeneinander abgewogen werden;

D. in der Erwägung, dass die NATO nach wie vor der wesentliche und unersetzliche Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheit ist, und dass die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung zwischen Europa und den USA von entscheidender Bedeutung ist, um aktuellen und sich abzeichnenden Bedrohungen der transatlantischen und globalen Sicherheit entgegenzuwirken;

E. in der Erwägung, dass demokratische Werte, grundlegende Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit das Fundament und die tragenden Säulen der transatlantischen Partnerschaft und der regelbasierten Weltordnung bilden;

F. in der Erwägung, dass die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses im öffentlichen Raum, der Kommunikation und der Bemühungen, aufeinander zuzugehen, für die Beziehungen zwischen der EU und den USA und zwischen den Bürgern auf beiden Kontinenten von entscheidender Bedeutung ist, um das Vertrauen und das Bewusstsein füreinander zu stärken;

G. in der Erwägung, dass die strategische Autonomie in Regulierungs- und Technologiebereichen für die EU von entscheidender Bedeutung ist, wobei gleichzeitig eine starke transatlantische Partnerschaft und die Achtung der Souveränität aufrechterhalten werden;

H. in der Erwägung, dass die zunehmenden geopolitischen Herausforderungen, die sich aus dem Aufstieg globaler und regionaler Mächte, insbesondere von Russland, dem Iran und China, ergeben, einen koordinierten und strategischen transatlantischen Ansatz erfordern;

I. in der Erwägung, dass die tiefgreifende wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EU und den USA, die die weltweit größte Handels- und Investitionspartnerschaft darstellt, nach wie vor ein entscheidender Motor für wirtschaftliche Stabilität und das Wachstum in der ganzen Welt ist;

1. fordert einen besser koordinierten, stimmigeren und stärker zukunftsorientierten Ansatz der EU für die strategische Partnerschaft mit den USA, wobei der Schwerpunkt sowohl auf kurz- als auch mittelfristigen Zielen liegen sollte, damit widerstandsfähige und zukunftsfähige Beziehungen entstehen, mit denen wirksam auf sich verändernde globale Gegebenheiten und neue Herausforderungen reagiert werden kann;

2. fordert die Einrichtung und Aufrechterhaltung kontinuierlicher strategischer Dialoge auf hoher Ebene zwischen der EU und den USA, damit wichtige Zäsuren und Probleme in den Beziehungen angegangen werden können, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Handel, Sicherheit und sich abzeichnenden geopolitischen Bedrohungen liegen sollte; betont, dass Europa in enger Kooperation mit den USA und der NATO eine proaktive und verantwortungsvolle Rolle in seiner eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielen muss;

3. erkennt die historische und weiterhin bestehende Führungsrolle der USA in globalen Angelegenheiten an und fordert die USA auf, die Sicherheit Europas weiterhin zu unterstützen, auch durch militärische Präsenz; ist der festen Überzeugung, dass angesichts der anhaltenden Bedrohung durch böswillige Regime eine enge Zusammenarbeit für beide Seiten von Vorteil sein wird;

4. bekräftigt, dass die EU und die USA gemeinsam den böswilligen und feindseligen Einfluss Irans im Nahen Osten verurteilen, einschließlich seiner Unterstützung der abscheulichen Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 gegen Israel sowie der aktiven Unterstützung Irans für Terroristen in der ganzen Welt; betont die enorme Gefahr, die das iranische Nuklearprogramm für die gemeinsame Sicherheit darstellt;

5. betont, dass die Regulierungsautonomie der EU in kritischen Politikbereichen gewahrt und gestärkt werden muss, und fordert nachdrücklich die uneingeschränkte Achtung der souveränen Entscheidungsprozesse und der institutionellen Integrität der EU;

6. fordert die EU und die USA auf, sich mit den vielschichtigen Herausforderungen die von Chinas ausgehen, zu befassen, und betont, dass es einer umfassenden und gut koordinierten transatlantischen Strategie bedarf, in der China als strategischer Konkurrent anerkannt wird, unter anderem indem gemeinsam gegen chinesische Spionage und Einflussnahme vorgegangen und gleichzeitig die Demokratie in Taiwan weiterhin unterstützt wird; nimmt China als Wegbereiter und Unterstützer des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wahr und ist sich der Bedrohungen der europäischen und transatlantischen Sicherheit durch Russland bewusst;

7. betont die nach wie vor unverzichtbare Rolle der USA bei der Führung der NATO und den kollektiven Sicherheitsbemühungen und bekräftigt ihre nachdrückliche Unterstützung für die NATO als grundlegende Institution der transatlantischen Verteidigung und Abschreckung, insbesondere bei der Bekämpfung von Aggression und destabilisierenden Handlungen Russlands und Regimen wie Iran, Belarus und Nordkorea; erkennt die Rolle der NATO bei der Förderung von Frieden und Stabilität über den euro-atlantischen Raum hinaus an;

8. unterstützt und fördert verstärkte europäische Verteidigungsausgaben und -initiativen, die vollständig auf die Ziele der NATO abgestimmt sind, einschließlich der Bemühungen um den Aufbau einer leistungsfähigeren und glaubwürdigeren europäischen Säule innerhalb der Allianz; betont, dass die Industriepolitik im Verteidigungsbereich und die Zusammenarbeit zwischen den Industrien koordiniert werden müssen;

9. betont, dass die EU weiterhin wachsam, gut gewappnet und bereit sein muss, sich an alle möglichen Unwägbarkeiten anzupassen, damit sie ihre Interessen im Rahmen der transatlantischen Partnerschaft schützen und verfolgen kann;

10. bekräftigt die gemeinsame Zusage der EU und der USA, die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die fortwährende Aggression Russlands zu unterstützen, unter anderem durch die Stärkung der Sanktionsrahmen gegen Russland und indem das Land für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen wird; spricht sich darüber hinaus dafür aus, Russlands immobilisiertes staatliches und privates Vermögen zu nutzen, um die Erholung der ukrainischen Wirtschaft und den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen; unterstreicht das gemeinsame Interesse der EU und der USA an der europäischen Integration der Ukraine;

11. hebt die Bedeutung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU und den USA hervor; weist darauf hin, dass sich in den USA 2,3 Millionen Arbeitsplätze auf die Exporte von Waren und Dienstleistungen in die EU stützen, und 3,4 Millionen Menschen in den USA ihren Arbeitsplatz Investitionen von EU-Unternehmen in das Land zu verdanken haben. legt beiden Seiten nahe, auf die Beseitigung von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen hinzuarbeiten und Handelsstreitigkeiten durch Dialog und Zusammenarbeit beizulegen;

12. fordert eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit, insbesondere durch den Austausch von Informationen über Ausfuhrkontrollen und Risiken ausländischer Direktinvestitionen; betont, wie wichtig die Zusammenarbeit bei externen wirtschaftlichen Herausforderungen ist, mit denen beide Seiten konfrontiert sind, wie Überkapazitäten und unfairen Handelspraktiken unter anderem von China; fordert eine Zusammenarbeit bei der Verbesserung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen und dem Aufbau widerstandsfähiger Lieferketten; unterstützt die Entwicklung von Initiativen zur Umstellung von Lieferketten auf Länder, die die Werte der EU teilen („Friend-shoring“).zur Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit;

13. spricht sich für eine verstärkte Zusammenarbeit bei technologischen Innovationen aus, einschließlich der Entwicklung und Einführung strategischer und neuer Technologien wie fortgeschrittene Fertigung, KI und Quanteninformatik; fordert Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit durch die Verbesserung des Flusses modernster technologischer Ressourcen zwischen der EU und den USA, die Schaffung geeigneter Standards für die Sicherheit dieser Technologien und die Stärkung der damit verbundenen Lieferketten;

14. betont, wie wichtig es ist, die enge Koordinierung im Bereich der Energieversorgungssicherheit, insbesondere in Bezug auf den Fluss von Rohstoffen, und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Förderung sauberer Energielösungen, einschließlich der Nukleartechnologie, aufrechtzuerhalten und zu verstärken;

15. ist besorgt über die Entscheidung der USA, das globale Steuerabkommen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nicht umzusetzen; ist der Ansicht, dass ein koordiniertes internationales System für eine gerechte Besteuerung von entscheidender Bedeutung ist, um die Weltwirtschaft gerechter und nachhaltiger zu gestalten;

16. erkennt an, wie wichtig es ist, eine echte gleichberechtigte Partnerschaft zwischen der EU und den USA aufzubauen und aufrechtzuerhalten, die auf gegenseitigem Respekt,

gemeinsamen demokratischen Werten und gemeinsamen strategischen Interessen beruht; fordert verstärkte Anstrengungen zur weltweiten Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit;

17. fordert sowohl die EU als auch die USA auf, ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihre Kommunikationsstrategien erheblich zu verbessern, um Bürger und Interessenträger für die transatlantische Partnerschaft zu sensibilisieren und das Verständnis von deren Bedeutung zu fördern, indem das Engagement mit den USA über die Bundesebene hinaus dadurch vorangetrieben wird, dass staatliche Stellen die Gouverneure und Parlamente der US-Bundesstaaten und andere Behörden einbinden, die die Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit unterstützen können;

18. empfiehlt einen Dialog mit Denkfabriken, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und anderen nichtstaatlichen Interessenträgern, damit Verständnis der Öffentlichkeit für die transatlantischen Beziehungen und eine fundierte Debatte gefördert werden; spricht sich für eine Förderung des Bildungs- und Kulturaustauschs und des Tourismus aus;

19. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat der Europäischen Union, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Kongress der Vereinigten Staaten zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Die transatlantische Partnerschaft zwischen der EU und den USA beruht auf einem gemeinsamen Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einer regelbasierten internationalen Ordnung. Angesichts der zunehmenden globalen Instabilität wird in dem Bericht die Notwendigkeit erneuerter und strategischer Beziehungen zwischen der EU und den USA hervorgehoben, die auf gegenseitigem Respekt, einer verstärkten Zusammenarbeit und gemeinsamen Vorstellungen von Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der Welt beruhen.

Darin wird die NATO als Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheit hervorgehoben und die intensiveren europäischen Bemühungen um den Aufbau einer stärkeren und leistungsfähigeren Verteidigungssäule innerhalb der Allianz begrüßt. In dem Bericht werden ein verstärkter Sicherheits- und Verteidigungsdialog, eine enge Koordinierung im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit und eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen technologische Innovationen, Handel und Energie gefordert.

Darin wird außerdem die entscheidende Rolle der Unterstützung der Ukraine durch die EU und die USA bekräftigt, und zwar unter anderem durch den Einsatz immobilisierter staatlicher Vermögenswerte Russlands für den Wiederaufbau der Ukraine, und es wird auch auf die Herausforderungen eingegangen, die von autoritären Mächten wie China und Iran ausgehen.

In dem Bericht wird zudem die Rolle der parlamentarischen Diplomatie hervorgehoben und die Vertiefung eines strukturierten Austauschs, auch auf Ebene der US-Bundesstaaten und Kommunen, sowie eine umfassendere Kooperation mit Denkfabriken, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft empfohlen, durch die die transatlantische Partnerschaft unterstützt und für eine langfristige strategische Koordinierung gesorgt wird.

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER BERICHTERSTATTER BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt der Berichterstatter, dass er bei der Vorbereitung des Berichts bis zu dessen Annahme im Ausschuss Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten hat:

Einrichtung bzw. Person
Polski Instytut Spraw Miedzynarodowych (Polnisches Institut der internationalen Angelegenheiten)

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung des Berichterstatters erstellt.

Wenn natürliche Personen in der Liste namentlich, mit ihrer Funktion oder mit beidem genannt werden, erklärt der Berichterstatter, dass er den betroffenen natürlichen Personen die Erklärung zum Datenschutz Nr. 484 des Europäischen Parlaments (https://www.europarl.europa.eu/data-protect/index.do) vorgelegt hat, in der die Bedingungen für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und die mit dieser Verarbeitung verbundenen Rechte dargelegt sind.